

Die Erfindung des Fortschritts : Ancien Régime, Helvetik und Restauration

Autor(en): **Wartburg, Beat von**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel**

Band (Jahr): **179 (2001)**

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1006825>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Erfindung des Fortschritts: Ancien Régime, Helvetik und Restauration

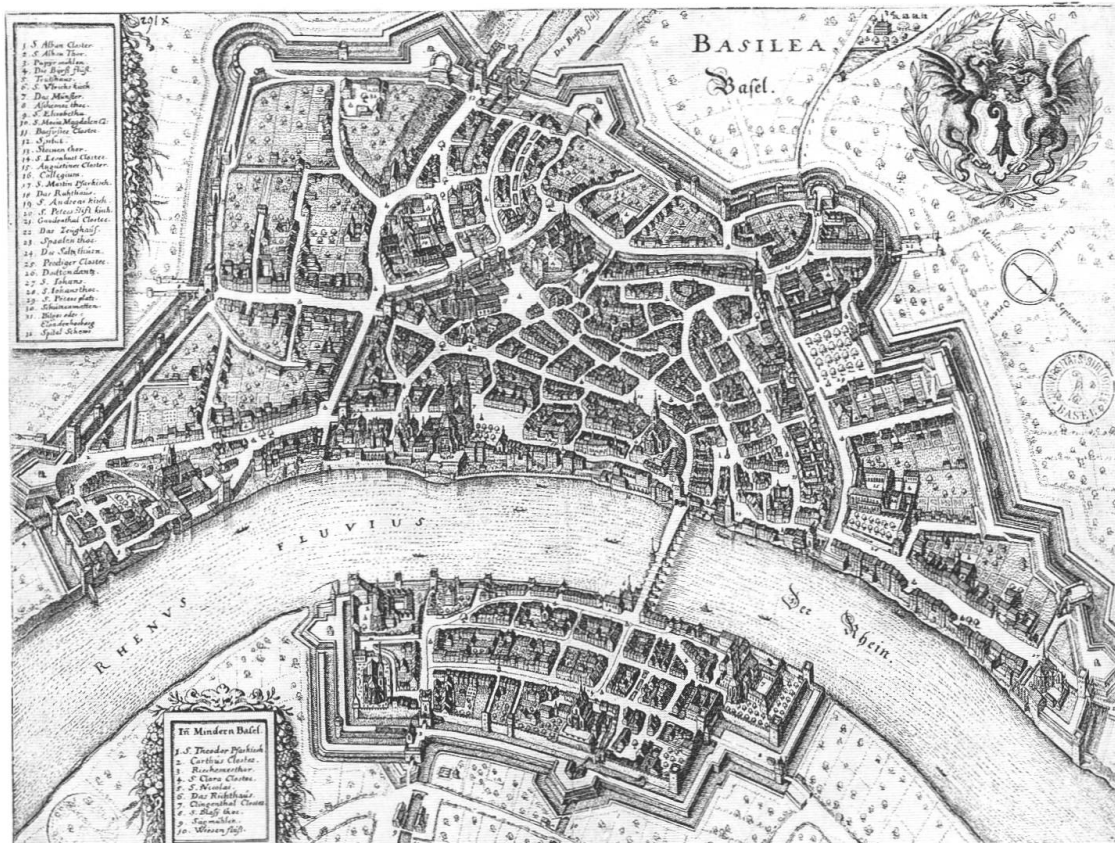
Strukturen und Entwicklungen

Die Stadt und ihre Bevölkerung

Das 17. Jahrhundert war durch zahllose Kriege, konfessionelle Kämpfe, Hungersnöte, Seuchen und durch eine Erstarrung der politischen Strukturen geprägt, aber auch durch barocke Lebenslust und übersteigerte Religiosität. Nicht nur an den europäischen Königs- und Fürstenhöfen nahmen die Herrschaftsformen absolutistische Züge an, auch in Basel konzentrierte sich die Macht über die bürgerliche Bevölkerung der Stadt und die Untertanen auf der Landschaft auf einen immer kleiner werdenden Kreis regierender Familien. Die 'Gnädigen Herren' an der Spitze des Staates verfügten über Verwaltung, Gerichte und Staatseinkünfte.

30 Jahre lang (1618–1648) tobte ein grausamer Krieg oft in unmittelbarer Nähe der Stadt: auf dem Gebiet des Fürstbistums Basel, in den bischöflichen Dörfern des Birsig- und Birstales, und im angrenzenden Breisgau und Sundgau. Schwedische, französische und kaiserliche Heere durchzogen die Reichsländer mit Plünderungen, Verwüstungen und Greuelthaten. Je nach Konfession sympathisierten die Schweizer Kantone mit den kriegführenden Parteien, und Schweizer Söldner kämpften auf beiden Seiten. Die Eidgenossenschaft war einer schweren Zerreißprobe ausgesetzt. Basel erneuerte seine mittelalterlichen Festungswerke, doch aus Geldmangel nicht so umfassend, dass sie einem Artilleriebeschuss hätten standhalten können. Immerhin bot der Mauerring einigen Schutz für die Bevölkerung und zahllose Flüchtlinge. 1638 waren es über 7000.

Nach dem Ende des 30jährigen Krieges gelang es dem Basler Bürgermeister Johann Rudolf Wettstein (1594–1666) bei den Friedensverhandlungen in Osnabrück und Münster, den Einschluss der Eidgenossenschaft in den Frieden und deren rechtliche Loslösung vom Reich zu erwirken. Die Unabhängigkeit vom Reich, und damit vom Reichsgericht, war insbesondere für die Basler Kaufleute wichtig. Sie waren auch die treibende Kraft für Wettsteins Mission und das Mandat der protestantischen Stände der Eidgenossenschaft gewesen.



Eine grosse Kleinstadt:
Basel in der Mitte des
17. Jahrhunderts. Kupfer-
stich von Matthäus Merian.

Nur fünf Jahre nach dem Ende des langen Krieges kam es zu einer neuen innereidgenössischen Kraftprobe. 1653 erhoben sich die Bauern wegen der hohen steuerlichen Belastung gegen die Obrigkeit. Auch auf der Basler Landschaft kam es zu einem Bauernaufstand. Die Stadt unter Bürgermeister Wettstein unterdrückte ihn mit harter Hand. Mit Todes-, Zuchthaus- und Galeerenstrafen wurden die Aufständischen bestraft, und Liestal verlor wichtige Rechte.

Ein Jahr danach, 1654, veröffentlichte der aus Basel stammende Kupferstecher und Verleger Matthäus Merian den bekannten Vogelschauplan der Stadt Basel. In Grossbasel deutlich erkennbar ist die alte Kernstadt mit den dicht gedrängten mittelalterlichen Häuserreihen und dem Gürtel des inneren Mauerrings. Hier in der Innenstadt befanden sich das Rathaus, das politische Machtzentrum, die für das politische wie gesellschaftliche Leben wichtigen Zunfthäuser sowie die verschiedenen Marktplätze (Kornmarkt, Fischmarkt, Fleischmarkt). Auf dem Plan ebenfalls gut erkennbar sind die Vorstädte, die entlang den Ausfallstrassen zu den Toren des äusseren Mauerrings hin entstanden sind. Sie boten kleinräumige Lebensverhältnisse, in denen sich einzelne Berufsgruppen konzentrierten. Auch entlang der Gewerbekänäle im St. Alban-Tal und

im Kleinbasel sowie am Birsig und am Rümelinsbach dominierten bestimmte Berufsgruppen (Gerber, Papierhersteller, Sägereien). Die noch heute existierenden Tore, das St. Johannis-Tor, das Spalentor und das St. Alban-Tor regelten zusammen mit den im 19. Jahrhundert abgerissenen Toren, dem Steinen- und dem Aeschentor, den Zugang zur Stadt.

Im Gegensatz zum dicht besiedelten Kleinbasel fallen in Grossbasel die vielen Freiflächen (Gärten, Rebärten und landwirtschaftlich genutztes Land) auf: Die Stadtbevölkerung hatte nicht in dem Masse zugenommen wie 1362 erwartet, als das Befestigungswerk angelegt worden war. Trotz Geburtenüberschüssen und Zuwanderung wurde die Bevölkerungszahl immer wieder durch Epidemien empfindlich reduziert. Nachdem erst 1609 der Bevölkerungsstand des Spätmittelalters mit circa 12 000 Einwohnern wieder erreicht werden konnte, starben in den Pestjahren 1610/11 erneut etwa 30% der Bevölkerung. Erst Ende des 17. Jahrhunderts und im Laufe des 18. Jahrhunderts stieg die Bevölkerungszahl wieder und erreichte 1740 einen vorläufigen Höchststand. Danach kam es erneut zu einem Bevölkerungsrückgang. 1795 betrug die Einwohnerzahl 15 698 und 1798 noch 14 678. Regierung und Bevölkerung sahen darin allerdings kein grundlegendes Problem. Nur wenn die Bevölkerungszahl durch die Pestwellen bedrohlich sank, nahm die Stadt neue Bürger auf. Ansonsten wurde eine äusserst restriktive Aufnahmepraxis verfolgt.

Wirtschaft

Auf den ersten Blick scheint die Zeit im 17. und 18. Jahrhundert stillgestanden zu sein. Die starre und durchreglementierte wirtschaftliche Ordnung wahrte die Interessen des Kleingewerbes. Der Zunftzwang – jeder Handwerker musste, um seinen Beruf ausüben zu können, in einer Zunft organisiert sein – und die Ablehnung der Aufnahme neuer Bürger schützten vor Konkurrenz. Die Zünfte waren in wirtschaftlicher, politischer, sozialer und militärischer Hinsicht das Rückgrat der städtischen Gesellschaft. Sie bildeten die Wahlkörper für die Räte, sie hatten die Gerichtsbarkeit für wirtschaftliche Delikte inne, organisierten die Stadtbewachung und regelten alle gewerblichen Fragen (Produktqualität, Produktionsmengen und -verfahren, Ein- und Ausfuhr etc.).

Die Handwerker produzierten in der Regel mit wenig Kapital und hohem Arbeitsaufwand Gegenstände für den alltäglichen Bedarf. Im 16. Jahrhundert gab es zunächst nur ein Exportgewerbe: Die Papier- und Buchproduktion. Erst im Laufe des

17. und 18. Jahrhunderts kam die Seidenbandfabrikation hinzu. Sie veränderte das wirtschaftliche Leben in Basel und Umgebung nachhaltig und prägte die Region bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Grosskaufleute und Fabrikanten aus Frankreich, Italien und den Niederlanden, meist Glaubensflüchtlinge, hatten das Kapital und das Fachwissen mitgebracht. Sie intensivierten die sogenannte Verlagsproduktion. In der Stadt ansässig, liessen sie die Bänder in Heimarbeit auf dem Land herstellen. Damit unterliefen sie das Zunftmonopol. Gleichzeitig setzten sie die Doppelzünftigkeit durch, um sowohl ihre Handels- wie Gewerbeinteressen vertreten zu können.

Mit der Einführung des mehrgängigen Bandstuhls in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts veränderte sich die Situation deutlich. Am sogenannten 'Kunststuhl' konnte ein Seidenbandweber, Passamenter genannt, statt einem Band gleichzeitig sechzehn Bänder herstellen. Da die Kunststühle im Ausland meist verboten waren, erlangte Basel bei der Seidenbandfabrikation eine internationale Monopolstellung, die von der Direktion der Kaufmannschaft mit Fabrikordnungen und strengen Schutzmassnahmen (Auswanderungsverbot für Passamenter und Kunststuhlschreiner sowie Reglemente über Lohn und Anstellung) verteidigt wurde. So entwickelte sich auf dem Land, wo keine Zunftschranken herrschten, und in der Stadt, wo gleichzeitig Manufakturen für bedruckte Baumwolltücher ('Indiennes') entstanden, erste kapitalistisch-industrielle Produktionsweisen. Als Kaufleute importierten die Verleger Rohseide und exportierten die Seidenbänder, ihr Kapital investierten sie dabei nicht nur in die Produktion, sondern sie tätigten zunehmend auch Geldgeschäfte. Damit entstand im Laufe des 18. Jahrhunderts der Unternehmertypus des *marchand-banquier*. Die Grosskaufleute exportierten und importierten, waren mit ihrem Kapital und ihren Gütern in den europäischen Handels- und Hafenstädten und auf den wichtigen Messen präsent und beteiligten sich am Kolonial- und Sklavenhandel. Basler Unternehmen gründeten dafür Niederlassungen in Hafenstädten (z.B. Nantes, Bordeaux, Emden) und in den europäischen Metropolen (London, Paris, Kopenhagen).

Das exportorientierte, vorindustrielle Grossgewerbe war für Basel und seine Landschaft von existentieller Bedeutung, da die landwirtschaftliche Produktion – trotz einer gewissen Agrarmodernisierung – nicht zur Versorgung der Bevölkerung ausreichte. In den 1690er Jahren, zwischen 1709 und 1716 und zuletzt 1770/71 verzeichnete Basel schwere Teuerungs- und Hungerkrisen. Obwohl die Aussenhandelsumsätze ab 1740 stetig stiegen, konnte die Bevölkerung auf dem Land nur wenig, die städtische

Unterschicht praktisch überhaupt nicht davon profitieren. Die Kluft zwischen der Oberschicht mit luxuriösem Lebenswandel und der mittellosen Unterschicht wurde immer grösser.

Politische Verhältnisse

Wie die wirtschaftliche basierte auch die gesellschaftliche und politische Ordnung Basels auf überlieferten Strukturen. Während die kapitalistisch-protoindustrielle Entwicklung das Zunftsystem aushöhlte, konnten sich die Ständegesellschaft und die Herrschaftsordnung bis zur Basler Revolution von 1798 ohne grosse Veränderungen behaupten.

Es war die Französische Revolution, die dieser Epoche ihren Namen gab: 'Ancien Régime'. Die Bewohner der Basler Landschaft waren Leibeigene der Stadt und politisch rechtlos. Sie verfügten über keine Niederlassungsfreiheit und hatten Feudallasten wie Zinsen und Zehnten, verschiedenste Abgaben, hohe Konsum- und Erbschaftssteuern sowie Frondienste zu leisten. Sie durften kein (zünftiges) Gewerbe und keinen Handel treiben, sie waren von allen Funktionen in Kirche, Politik, Militär und im Bildungswesen ausgeschlossen und darüber hinaus von den städtischen Sozialeinrichtungen. Ebenso rechtlos wie die Landbewohner waren alle nichtzünftigen Bürger und alle Bewohner Basels ohne Bürgerrecht, von den Gesellen, Knechten und Hausangestellten bis zu den Tagelöhnern. Ohnehin politisch rechtlos auf der Landschaft wie in der Stadt waren alle Frauen. Die Basler Bürger hingegen waren persönlich frei. Das Bürgerrecht erhielt man durch die Geburt in eine Bürgerfamilie. Einbürgerungen waren im 17. und 18. Jahrhundert nur zeitweise oder in Ausnahmefällen möglich. Die Aufnahme ins Bürgerrecht wurde 1681 eingeschränkt und ab 1691 praktisch verunmöglicht, da der Kleine Rat die Kompetenz dazu an den durch die Handwerkerzünfte dominierten Grossen Rat abtreten musste. Restriktive Bestimmungen folgten 1700, 1718 und 1735. Liberalisierungsversuche scheiterten zum Beispiel 1758 in der Praxis oder wurden wie 1762 und 1781 politisch verhindert. Ohne Erfolg setzte sich Ratsschreiber Isaak Iselin publizistisch und politisch für eine Öffnung des Bürgerrechts ein.

Die restriktive Haltung verfolgte nur ein Ziel: die Verteidigung der Privilegien (Vorrechte) der Bürgerschaft und die Verhinderung der wirtschaftlichen Konkurrenz. Die Privilegien umfassten das Gewerbe- und Zunftrecht, Freiheit von direkten Steuern, das Wahlrecht für den Zunftvorstand und dadurch indirekt für den Grossen Rat sowie die Wählbarkeit für ein administratives oder politisches Amt. Auch unter den Zünften

herrschte eine durch Reichtum und Einfluss bestimmte hierarchische Ordnung. An der Spitze standen die vier Herrentünfte (Schlüssel, Safran, Hausgenossen, Weinleuten). Meist besetzten ihre Mitglieder die wichtigen Ämter auf Lebenszeit.

Bis zur Verfassungsreform von 1691 und darüber hinaus war das wichtigste zugleich legislative wie exekutive Organ der 32köpfige Kleine Rat, die eigentliche Regierung. Seine Mitglieder waren auch im Grossen Rat vertreten, der bis 1691 nur auf Begehren des Kleinen Rates einberufen wurde. Danach war der Grosse Rat, zumindest *de iure*, die oberste politische Instanz. Neben den Zunftmeistern und den Ratsherren der Zünfte sassen darin auch der Bürgermeister sowie der Oberstzunftmeister. Das Personal des Kleinen Rates wie auch die 'Häupter' (Bürgermeister und Oberstzunftmeister) waren doppelt besetzt, wobei die Amtsinhaber zwischen Amt und Ausstand alljährlich alternierten. Die Aussen- wie Innenpolitik wurde durch den Dreizehnerrat, dem vorbereitenden Gremium aller Ratsgeschäfte, bestimmt.

Alle Aufgaben der staatlichen Organisation wurden durch Kollegien, Kommissionen, Ämter und Räte im Milizsystem wahrgenommen. Dadurch bildete der Staat ein höchst kompliziertes und schwerfälliges Verwaltungsgebilde, das sich selbst ergänzte, kontrollierte und wählte. So wenig es eine klare Trennung von Legislative und Exekutive gab, so wenig herrschte Gewaltentrennung in bezug auf das Rechtssystem: Als oberste Richter amtierten wiederum die Räte.

So hatte das Basler Zunftregiment im Laufe des 17. Jahrhundert immer deutlicher absolutistische Züge angenommen. Dies bekam besonders die Landschaft nach dem Bauernkrieg (1653) zu spüren. Mit dem stillen Einverständnis des Handwerkerstandes bildete sich in der Stadt eine Herrschaft weniger Familien (Oligarchie). Die Handwerker begnügten sich damit, dass der Zunftzwang bestehen blieb, die Einbürgerungen restriktiv gehandhabt wurden und damit, dass die 'Gnädigen Herren' Vertretern der Handwerkerelite die grossen Landvogteien überliessen. Es erstaunt deshalb nicht, dass sich am Ende des 18. Jahrhunderts die Handwerker vehement für das Ancien Régime einsetzten.

Kultur und Aufklärung

Die wirtschaftliche Differenzierung zwischen Kleingewerblern einerseits und Grosshändlern, Verlegern, Banquiers und Manufakturbesitzern andererseits hatte eine Oberschicht entstehen lassen, die sich an den gesellschaftlichen Eliten im Ausland orientier-

te. Sie investierte in ihre Bildung, in einen luxuriösen Lebensstil, nahm aristokratische Moden an und setzte sich mit international diskutierten Ideen auseinander. Viele Fabrikanten und Kaufleute nutzten die gute Konjunktur nach 1740 für den Bau neuer Herrschaftshäuser mit grossen französischen Gartenanlagen. Noch heute zeugen Stadtpalais im Barock-, später im Rokokostil wie das Wildt'sche Haus am Petersplatz oder Landsitze wie die Sandgrube von ihrem Reichtum. Oft dienten die neuen Gebäude, die sich deutlich von ihrem mittelalterlich geprägten Umfeld absetzten, auch als Firmensitze. Beispiele dafür sind das Weisse und das Blaue Haus am Rheinsprung oder der klassizistische Kirschgarten. Die Gebäude waren mit üppigen Stukkaturen, reichverzierten Öfen und Gobelins geschmückt.

In den 'Salons' (zum Beispiel der Jungfer Geymüller am Münsterberg) wurden derweil die Ideen der Aufklärung aufgenommen und diskutiert. Im Zentrum der philosophischen Lektüre und der Debatten standen das Naturrecht (im Stande der Natur sind alle Menschen gleich), individuelle Freiheitsrechte (Kritik gegenüber der staatlichen und kirchlichen Autorität) und die Suprematie des Verstandes (die Vernunft allein zählt).

Im Gegensatz zu Zürich war Basel allerdings trotz der Universität kein literarisches, intellektuelles und aufklärerisches Zentrum. Viele Basler studierten und dozierten an auswärtigen Hochschulen. Nur einige herausragende Wissenschaftler in Basel, allen voran die Mathematiker Jakob, Johann und Daniel Bernoulli genossen internationales Ansehen. Der grösste Basler Mathematiker Leonhard Euler hingegen lehrte in Berlin und St. Petersburg. Wichtig für das geistige Leben war im weitern der Kaufmann Jakob Sarasin, der in seinem Salon im Weissen Haus junge deutsche Schriftsteller empfing und eine weit verzweigte Korrespondenz mit Gleichgesinnten im Ausland unterhielt.

Für die aufklärerischen Ideen in Basel von entscheidender Bedeutung war der Popularphilosoph, Philantrop und Ratsschreiber Isaak Iselin (1728–1782). Als Aufklärer verfocht er den Glauben an den moralischen Fortschritt der Menschheit. Mit Begriffen wie 'Tugend', 'Glückseligkeit' und 'Vervollkommnung' popularisierte er zwar die Ideen der grossen französischen und englischen Aufklärer, entschärfte sie aber mit seiner gemässigten Deutung zugleich. Als Ratsschreiber und Politiker versuchte er, verschiedene Reformen im Bildungswesen, in der Einbürgerungspolitik und im sozialen Bereich durchzusetzen. Seine Bemühungen blieben aber zu seiner und zur Enttäuschung einer ganzen Generation der städtischen intellektuellen Elite ohne sichtbaren Erfolg. Mit

seinen naturrechtlichen Schriften, seiner publizistischen Tätigkeit – er edierte die Zeitschrift ‘Ephemeriden der Menschheit’ –, seinem europaweiten Korrespondentennetz und seinen Initiativen für die Gründung wohltätiger und bildungsfördernder Gesellschaften trug er dennoch viel zur Verbreitung aufklärerischen Gedankengutes und zur Kultivierung einer öffentlichen Diskussionskultur bei.

Im 18. Jahrhundert boten die überall entstehenden internationalen wie lokalen literarischen, philanthropischen und freimaurerischen Gesellschaften Foren zur Diskussion gesellschaftlicher, philosophischer und politischer Fragen. Allein in Basel entstanden zwischen 1750 und 1790 mehr als ein Dutzend solcher Gesellschaften, darunter die *Helvetische Gesellschaft*, die von Isaak Iselin gegründete *Aufmunterungsgesellschaft* (später *Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige, GGG*) und die *Lesegesellschaft*. Die beiden letzteren existieren noch heute. Von Isaak Iselin angeregt, widmete sich die GGG mit Preisfragen gesellschaftlichen Themen – zum Beispiel dem Luxus –, engagierte sich mit Schulgründungen im Bildungs- und mit Armen- und Fürsorgeeinrichtungen im sozialen Bereich.

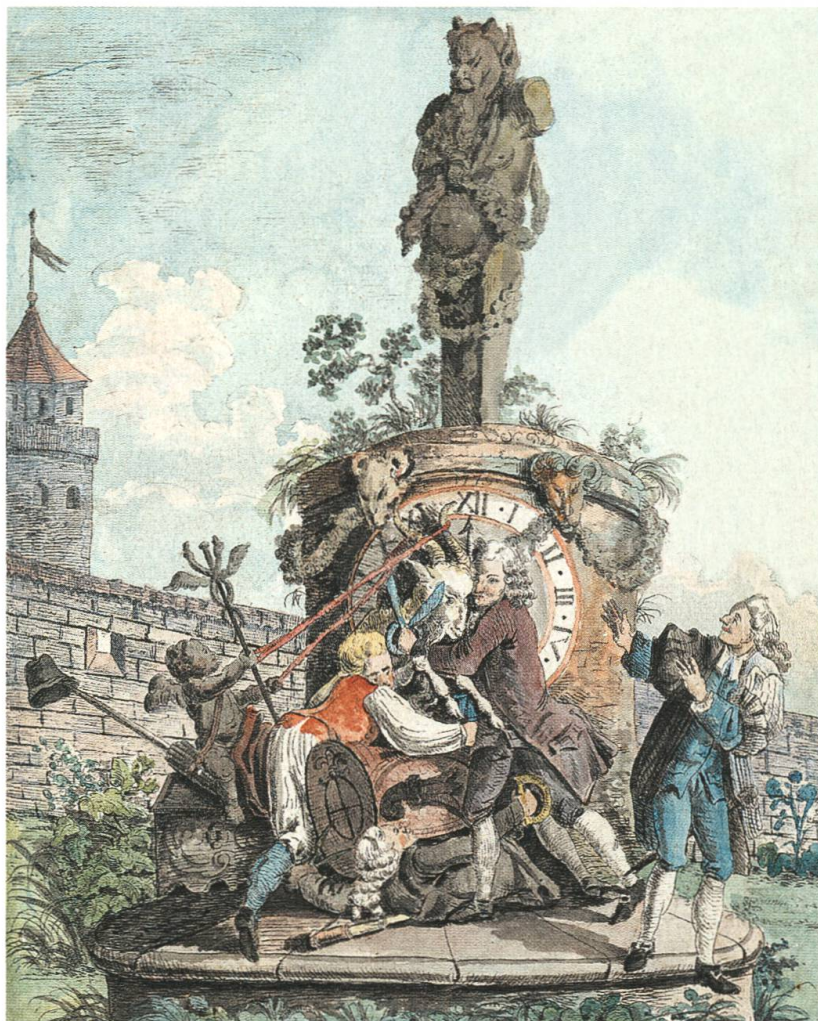
Ein Moment der Geselligkeit bildeten auch die Konzerte in den privaten Salons und im Rahmen des *Collegium musicum*. Auf eher niedrigem Niveau befanden sich hingegen das öffentliche gezeigte Schauspiel, das Ballett und die Opern, und auch im Bereich der bildenden Kunst fehlten Basel herausragende Künstler. Immerhin konnte Basel mit dem Amerbach’schen Kunstkabinett, das der Rat 1661 auf Wettsteins Initiative für die Universität angekauft hatte, gleichsam ein Kunstmuseum sein eigen nennen.

Religion und mentales Klima

Im europäischen Vergleich war Basel eine Kleinstadt mit mittelalterlichem Gepräge und provinziellem Charakter. Der Einfluss der Renaissance war nur an wenigen Bauten wie dem Spiesshof und der Geltenzunft ablesbar. Die zahlreichen deutschen Reisenden lobten zwar die im Vergleich zum monarchischen Absolutismus ‘republikanische’ Staatsform Basels, kritisierten oder belächelten aber den Konservatismus der Basler. Tatsächlich verschanzte sich die Bürgerschaft mental hinter ihren Stadtmauern. Die Stadt besass sogar eine eigene Uhrzeit. Die sogenannte Baseluhr ging um eine Stunde vor und unterschied sich damit von jener der umliegenden Landschaft. Ein Versuch, im Jahr 1774 die Basler Uhrzeit der allgemein üblichen anzupassen, scheiterte kläglich am Widerstand der Handwerker. So drohte in gesellschaftlichen, politischen wie religiösen Fragen jede

Neuerung das labile Gleichgewicht zu stören. Das erstarrte politische System verunmöglichte mit der sozialen Kontrolle, mit Zensur und Berufsverboten Änderungen am Status quo.

Ein wichtiger Pfeiler der gesellschaftlichen und sittlichen Ordnung war die Kirche. Mit ihren in der Reformationsordnung enthaltenen 'Aufwandgesetzen' schrieb sie



einen Moral- und Sittenkodex vor, der weit in den Alltag der Bewohnerinnen und Bewohner in der Stadt und auf dem Land eingriff. Kleider- und Haartrachtvorschriften, restriktive Bewilligungspraxen für gesellige Anlässe und für Gaststätten, Dekrete über Geschenke und Luxusartikel schufen ein rigides Klima, auch wenn die moralischen Normen

Streit um die 'Basler Uhrzeit', 1778. Viktor David von Rütli. Kolorierte Radierung, 1779.

innerhalb gewisser gesellschaftlich anerkannter Formen unterlaufen werden konnten. Eng verwoben mit dem politischen System war die reformierte Staatskirche eine treue Stütze der Herrschaftsverhältnisse, die sie als gottgewollt legitimierte. Auf der

Landschaft wurden die Mandate der Basler Regierung von der Kanzel verlesen, und die Pfarrherren (das Amt war nur Stadtbürgern vorbehalten) dienten den Stadtherren als wichtige Informanten über Stimmung und oppositionelle Personen auf der Landschaft.

Zunehmend an Einfluss gewannen in Basel in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts die Pietisten. Sie waren der Staatskirche zum einen suspekt, weil sie einen erbaulich-

privaten Zugang zu Gott postulierten und weil sie eigene Organisationsformen (zum Beispiel die *Deutsche Christentumsgesellschaft*) gründeten. Andererseits waren sie durch ihre konservative Grundeinstellung treue Verfechter der überlieferten moralischen und gesellschaftspolitischen Werte und Strukturen. Nachdem die Staatskirche die Pietisten zunächst bekämpft hatte, verstand sie es später, pietistische Strömungen zu integrieren.

Brüche und Kontinuitäten

Die wirtschaftliche Entwicklung im 17. und 18. Jahrhundert hatte in der Stadt wie auf dem Land zu einer sozialen Differenzierung geführt, die nicht spannungsfrei bleiben konnte. Offene Konflikte aber wie der Rappenkrieg (1594) und der Bauernkrieg (1653) blieben trotz des Gegensatzes zwischen der städtischen Obrigkeit und den leibeigenen und politisch rechtlosen Landbewohnern bis zur Französischen Revolution aus. Die Stadt hatte mit dem Feudalsystem und ihrer absolutistischen Herrschaft die Landschaft fest im Griff.

Die Staatskrise von 1691

In der Stadt hingegen stiess das oligarchisch-absolutistische Regiment einiger weniger Familien immer mehr auf Kritik. Die zünftigen Bürger waren *de facto* politisch machtlos. Die Inhaber politischer Ämter waren praktisch auf Lebenszeit gewählt, die 'alten' und 'neuen' Räte lösten sich ab und ergänzten sich. Obwohl die Staatsverfassung vom Buchstaben her 'demokratisch' war, geriet das Regiment immer mehr unter Kontrolle der Grosskaufleute und Fabrikanten. Kein Handwerker wurde zwischen 1529 und 1798 Oberstzunftmeister oder Bürgermeister, und nur vier Berufshandwerker waren zwischen 1529 und 1798 Mitglieder des Dreizehnerrates, des wichtigsten Regierungsgremiums. Misswirtschaft, Korruption und Ämterkauf machten sich breit. Um der Bestechlichkeit bei der Ämterwahl zu begegnen, wurde 1688 ein kompliziertes Wahlsystem mit Kugeln, die sogenannte Ballotierordnung ('Ballotten' = Wahlkugeln), eingeführt. Dabei mussten die Wählenden wie die Gewählten schwören, dass sie keine Bestechungsgelder empfangen hätten.

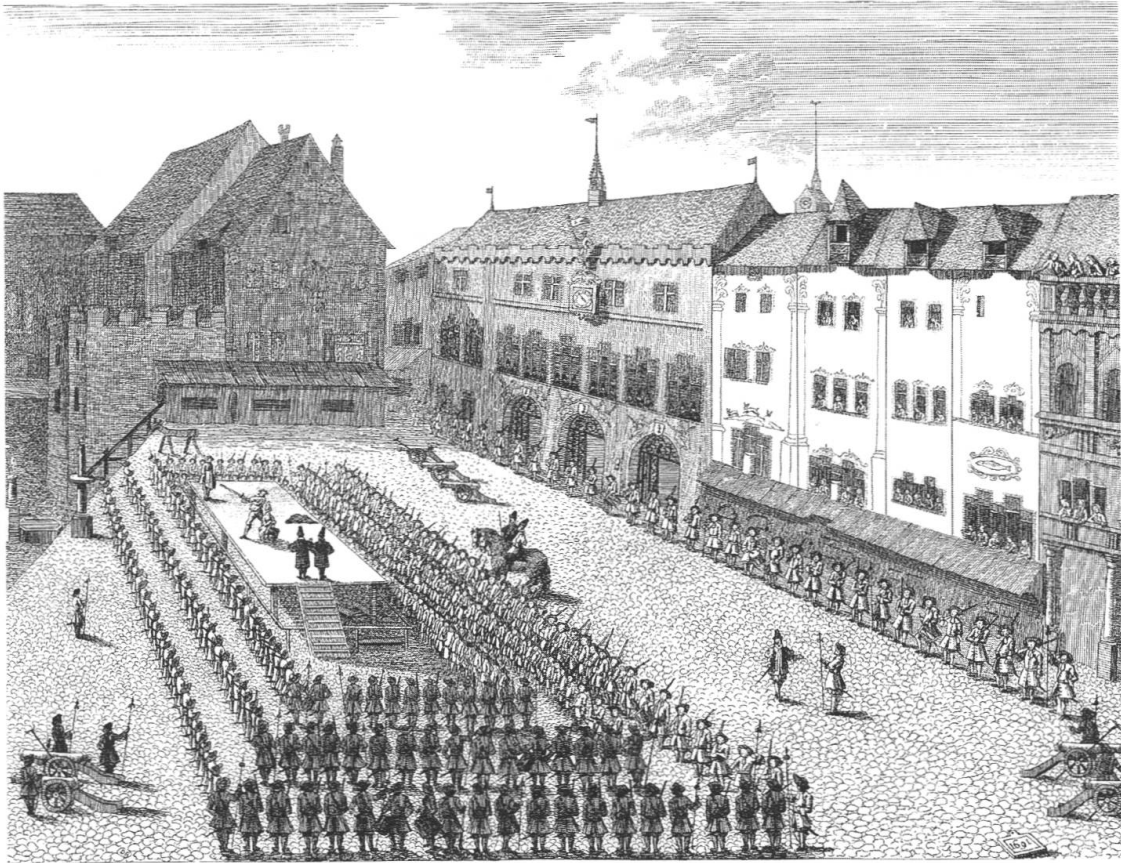
Trotzdem wurde gegen die neue Wahlordnung verstossen. Vertreter der Geistlichkeit und nicht am Machtkartell beteiligte Bürger kritisierten den Nepotismus vorab der Familien Burckhardt und Socin und klagten die Herrschaftsträger des Meineides an. Im Zentrum der Angriffe stand 1690 die einflussreiche Gattin des Oberstzunftmeister

Christof Burckhardt, Salome Schönauer. Mit einem parlamentarischen Vorstoss einiger neu aufgestiegener Grosskaufleute und Fabrikanten begann 1690 der Widerstand im Grossen Rat. Gefordert wurde eine Verfassungsänderung, welche die Suprematie (Oberhoheit) des Grossen gegenüber dem Kleinen Rat festschreiben sollte.

Im Februar 1691 radikalisierte sich die Bewegung mit dem Auftreten einer dritten Konfliktpartei: Die Zunftbasis organisierte sich mit sogenannten 'Ausschüssen', in die je vier Vertreter der Zünfte und der Kleinbasler Gesellschaften delegiert wurden. Als Führer wählten die Ausschüsse den Juristen Jacob Henric Petri (1644–1695). Doch schon Ende Februar wurde ihm das Vertrauen entzogen, als er sich zum Ratsschreiber wählen lassen wollte. An seine Stelle trat der Arzt Johannes Fatio (1649–1691). Unter seiner Führung wurden den Vertretern des Burckhardt-Clans und insbesondere Salome Schönauer der Prozess gemacht. Gleichzeitig kam es am 24. März 1691 in der Stadt zum offenen Aufstand. Bewaffnet zogen die in den Ausschüssen organisierten Zunftbürger am sogenannten 'Kuechlitag' oder 'wilden Zinstag' zum Rathaus und verlangten eine 'Säuberung' des Kleinen und Grossen Rats. Bürgermeister und Grosser Rat mussten nachgeben und der Absetzung von 29 Ratsherren zustimmen. Kurz darauf wurde Salome Schönauer mit einer hohen Geldbusse und Hausarrest bestraft.

Ermutigt durch den Erfolg erhoben die Ausschüsse neue Forderungen. Doch auch die abgesetzten 'Gnädigen Herren' organisierten sich und ersuchten die Eidgenossenschaft um Vermittlung. Gleichwohl gelang es den Ausschüssen am 23. Juli, mit einer bewaffneten Manifestation eine neue Verfassung durchzusetzen. Eidgenössische Gesandte lehnten die Verfassung aber ab und hielten an ihrer Mediation (Vermittlung) fest. Nun zerbröckelte der Zusammenhalt in den Ausschüssen. Die Kleinbasler wollten die Vermittlung annehmen und setzten sich von der Bewegung ab. Es kam zu einer Art 'Gegenrevolution'. Am 21. September zogen sie bewaffnet zum Rathaus und verhafteten Fatio. Der gewaltsame Versuch der Ausschüsse, Fatio drei Tage später zu befreien, misslang. Regierungstreue Bürger verhafteten fünfzig Aufständische, und Bürgermeister Socin veranlasste die Besetzung der Stadt durch die Landmiliz.

Nun folgte die brutale Abrechnung. Fatio und zwei weitere Führer der Ausschuss-Bewegung wurden gefoltert und öffentlich auf dem Marktplatz hingerichtet. Zur Abschreckung steckte die alte Obrigkeit Fatios Kopf am Rheintor auf eine Stange. Die inszenierte Strafjustiz war eine Machtdemonstration und eine deutliche Warnung an alle, sich nicht gegen die Herrschaftsverhältnisse aufzulehnen. Nach der Ausschaltung der



*Die Hinrichtung Johannes Fatios als Machtdemonstration der Obrigkeit.
Zeitgenössischer Stich.*

Opposition wurden die enthobenen Ratsherren wieder in ihre Ämter eingesetzt. Immerhin blieb der Grosse Rat zumindest *de iure* die oberste politische Behörde. Eine weitere Folge von 1691 war, dass der Kleine Rat 1718 auf allen Ebenen (mit Ausnahme des Bürgermeisteramtes) die Loswahl einführen musste.

Basel und die Französische Revolution (1789–1798)

Bis zum Ausbruch der Französischen Revolution blieb das Herrschaftssystem in Basel stabil. Erst die von ihr ausgehenden Erschütterungen sollten schliesslich auch in Basel zum Ende des Ancien Régime, wenn auch nicht der Herrschaftsverhältnisse führen.

Als Grundbesitzerin im Elsass verfolgte die Stadt Basel aufmerksam die politische Entwicklung im Nachbarland, wo sich aufklärerische Postulate zu politischen Forderungen verdichteten. Mit dem Sturm auf die Bastille setzte eine Bewegung ein, die der Kontrolle der französischen Monarchie zunehmend entglitt: Der Dritte Stand erklärte sich zur Nation, organisierte sich in einer Nationalversammlung, beseitigte die Privilegien von Klerus und Aristokratie und schaffte das gesamte Feudalsystem ab. Aus einer ständischen wurde eine bürgerliche Gesellschaft. Umfassender noch als in der Ame-

rikanischen Unabhängigkeitserklärung wurden die Menschenrechte proklamiert: Jetzt galten *liberté et égalité*, die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Meinungsäusserungs-, Niederlassungs-, Presse- und Religionsfreiheit. Aus den Untertanen wurden Staatsbürger, *citoyens*. Die älteste monarchische Dynastie Europas musste ihre Macht zunächst an einen Verfassungsstaat abgeben und schliesslich einer Republik weichen.

Die Revolution hat mit grosser Radikalität die Gesellschaft von Grund auf umgebaut. Von den Monarchien bekämpft, lag Frankreich seit 1792 im Krieg mit den meisten europäischen Staaten. Als Grenzstadt, als Zufluchtsort für aristokratische Emigranten, als Umschlagplatz für Spionage und Nachrichten war Basel in besonderem Masse exponiert; besonders, nachdem sich die Bewohner des Bistums Basel ihres Reichsfürsten, des Bischofs, entledigt hatten, und das Bistum im Krieg von Frankreich annektiert worden war. Nun standen französische Truppen im Birseck, von Allschwil über Arlesheim bis Delsberg.

Unter dem Eindruck der Revolution begann es auch auf der Landschaft zu gären. Eine von Liestal ausgegangene Petitionsbewegung führte schliesslich nach mancherlei Widerständen zu einer Konzession der Stadt: 1790/91 wurde die Aufhebung der Leibeigenschaft der Baselbieter verkündet und die Baselbieter «aus der Klasse der Tiere und der leblosen Dinge» befreit. Massgeblich daran beteiligt war der Stadtschreiber Peter Ochs (1752–1821). Als aufgeklärter Grossbürger hatte er sich seit Beginn der Revolution für ihre Ideale eingesetzt. Dank seiner diplomatischen Verbindungen nach Frankreich wurde er 1794 für die Einleitung von Friedensverhandlungen zwischen Preussen und Frankreich angefragt. Seinen Bemühungen ist es zu verdanken, dass 1795 in Basel Friedensschlüsse zwischen Frankreich einerseits und Preussen und Spanien andererseits geschlossen werden konnten. Wenig später stieg Ochs zum Oberstzunftmeister auf. In dieser Funktion setzte er sich, als sich der Krieg zwischen Frankreich und Österreich vor den Toren der Stadt abspielte, massgeblich für die Neutralität der Eidgenossenschaft ein.

Mit dem Jahr 1797 zeichnete sich in Frankreich eine politische Machtverschiebung ab. Der erfolgreiche General Napoleon Bonaparte hatte Österreich in Italien besiegt und zum folgenschweren Frieden von Campo Formio gezwungen. Zum ersten Mal anerkannte Österreich mit dem Friedensvertrag die französische Republik an. Gleichzeitig geriet die Eidgenossenschaft, strategisch zwischen den Parteien gelegen, in eine gefährliche Situation.

Basler Revolution und Helvetik (1798–1803)

Wie Peter Ochs sympathisierten auch andere aufgeklärte intellektuelle Bürger, meist Angehörige der Herrschaftselite, mit den Zielen der Französischen Revolution. Frustriert durch jahrzehntelange Bemühungen um Reformen sahen sie in Frankreich verwirklicht, wovon man in der Schweiz nur träumen konnte: Rechtsgleichheit und demokratische Verhältnisse. Die einzelnen Orte der Eidgenossenschaft beherrschten nicht nur ihre Landgebiete, sie verwalteten auch gemeineidgenössische Vogteien im Tessin. Als erster Angehöriger der Regierung eines 'Ancien Régime' forderte Peter Ochs im Mai 1797 in Basel den freiwilligen Herrschaftsverzicht über die 'ennetbirgischen Vogteien'. So suchte er als Spätaufklärer und Politiker den Gedanken des moralischen Fortschritts, wie ihn Iselin vertreten hatte, in einen politischen umzuwandeln. Zum einen drohte zu dieser Zeit in den Tessiner Vogteien ein Volksaufstand gegen die eidgenössische Obrigkeit, zum andern wollte Ochs den französischen Druck auf die Eidgenossenschaft ausnützen, um die archaischen Untertanenverhältnisse aufzuheben. Doch Ochs scheiterte und mit ihm auch alle anderen Versuche, auf lokaler wie auf eidgenössischer Ebene Reformen durchzuführen.

Als Napoleon Bonaparte durch die Schweiz an den Friedenskongress in Rastatt reiste, jubelten ihm die Untertanen in der Waadt und auf der Basler Landschaft als 'Befreier' Oberitaliens zu. Nur noch ihm und seinem politischen Druck trauten die Untertanen wie die aufgeklärte Elite eine Änderung der Herrschaftsverhältnisse in der Schweiz zu. Auf seiner Durchfahrt durch Basel lud er Peter Ochs nach Paris ein. Dort liess ihn Napoleon eine Verfassung für eine zentralistisch organisierte Schweiz entwerfen.

Gleichzeitig veranlasste Ochs ein Zusammenspannen zwischen den städtischen Oppositionellen und der nach 1789 entstandenen, seit der Jahreswende 1797/98 radikalisierten Bewegung auf der Landschaft. Auf nationaler Ebene vereinbarte er mit dem Kopf der Waadtländischen Widerstandsbewegung gegen die bernische Obrigkeit, Frédéric-César de la Harpe, ein gemeinsames Vorgehen in Lausanne und in Basel. Im Dezember 1797 forderte Ochs seinen Schwager Peter Vischer auf, im Grossen Rat einen Antrag auf Gleichstellung der Untertanen einzubringen. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, doch löste er eine Bewegung aus, die nicht mehr aufzuhalten war. 'Eine Revolution von oben' mit dem Druck von 'unten' führte im Januar 1798 in Basel zu einem unblutigen Herrschaftsverzicht der Stadt. Am 20. Januar wurde die Landschaft der Stadt gleichgestellt.



Die Landschaft wird der Stadt gleichgestellt.
 Gedruckte Proklamation von 1798.

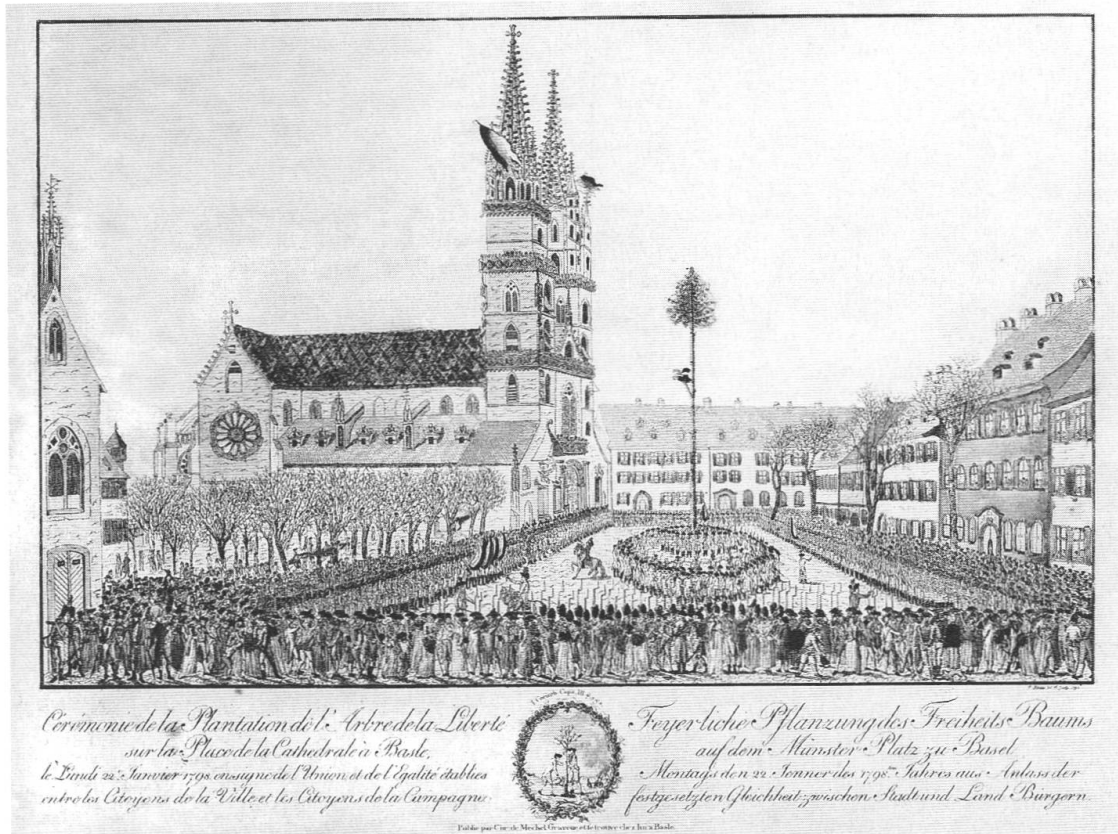
Mit der Basler Revolution und mit dem Aufstand in der Waadt traten nun in der ganzen Schweiz emanzipatorische Bewegungen auf. Allein die Kantone Bern, Solothurn und Freiburg lehnten jede Konzession und jede Veränderung der Herrschaftsverhältnisse ab. Frankreich wiederum verfolgte seine eigenen strategischen Ziele und besetzte im März gegen den militärisch allerdings aussichtslosen Widerstand der 'altgesinnten' Kantone die Eidgenossenschaft. Unter französischem Druck wurde im April 1798 die Verfassung von Ochs eingeführt, und er selbst konnte als Senatspräsident die 'Eine und untheilbare Helvetische Republik' ausrufen.

Mit der neuen Verfassung wurden sämtliche Privilegien- und

Untertanenverhältnisse abgeschafft und die Prinzipien eines modernen Staates mit Rechtsgleichheit und demokratischen Grundsätzen eingeführt. In der neuen und ersten Hauptstadt der Schweiz, in Aarau, wurde nun fieberhaft, wenn auch unter schwierigen Bedingungen, der Aufbau einer neuen Schweiz versucht: Neue Kantone wie der Aargau, die Waadt und das Tessin entstanden, eine zentrale Regierung wurde geschaffen, die gesetzgebenden Räte tagten öffentlich. Presse-, Meinungsäusserungs- und Religionsfreiheit wurde proklamiert, eine einheitliche Währung (der Franken), einheitliche

Masse, Gewichte, das Dezimalsystem und ein einheitlicher Kalender wurden eingeführt, eine helvetische Armee, ein Bürgerrecht, eine Post geschaffen, und man plante die Gründung gesamtschweizerischer Bildungseinrichtungen (Universität, Bibliotheken, Museen etc.).

Nie vorher und zu keiner Zeit danach hatten Basel und Basler einen grösseren Einfluss auf die Politik in der Schweiz. Von Basel war die Revolution ausgegangen; Basler hatten versucht, die übrigen Stände dafür zu gewinnen, und der Seidenbandfabri-



Feyerliche Pflanzung des Freiheits Baums auf dem Münster Platz zu Basle.
F. Kaiser, hg. von Christian Mehel. Kolorierte Umrissradierung, 1798.

kant Lukas Legrand, später Peter Ochs, waren im Direktorium, der Landesregierung, vertreten. Weitere Basler wie der Apotheker Wernhard Huber setzten sich in Verwaltung und Armee für die Helvetische Republik ein.

Doch der Helvetik war keine lange Lebensdauer gegönnt. Die Besetzung durch das französische Militär, die Requisitionen und Zwangsanleihen, der neu aufflackernde Krieg zwischen Österreich und Frankreich – er verlagerte sich 1799 in die Schweiz –, die Opposition der Altgesinnten und der katholischen Orte und nicht zuletzt die enttäuschten ehemaligen Untertanen, die nach wie vor auf eine Abschaffung der Zinsen und Zehnten hofften, stürzten das Land ins Chaos. Staatsstrieche und schliess-

lich Bürgerkriege machten die Schweiz unregierbar. Geschickt nützte Napoleon Bonaparte die Situation aus. Er bot sich als Vermittler zwischen Föderalisten (Altgesinnten) und Unitariern (Zentralisten und Revolutionsanhängern) an. Als Erster Konsul Frankreichs lud er 1802 die Parteien nach Paris zur sogenannten 'Konsulta' ein. Nach langen Verhandlungen verschrieb er der Schweiz eine neue föderalistische Verfassung. Trotz der Rückkehr zur kantonalen staatlichen Souveränität blieben in der sogenannten Mediationsverfassung von 1803 die bürgerlichen Grundrechte und die neuen Kantone bewahrt.

Die Zeit der Mediation (1803–1815)

«Untertanenlande, Vorrechte der Orte, der Geburt, der Personen, der Familien gibt es in der Schweiz nicht mehr», hiess es in der Mediationsverfassung. Doch die neue Verfassung stellte in mancher Hinsicht die alten Verhältnisse wieder her. Auch Basel erhielt eine neue Verfassung. Darin wurden die Zünfte als Wahlgremium wiederbelebt und ein Zensuswahlrecht eingeführt. Wenigstens trug die neue Wahlverordnung der Bevölkerungsmehrheit auf der Landschaft Rechnung: Im gesetzgebenden Grossen Rat nahmen 1803 82 Landschäftler und 53 Stadtbasler Einsitz. Trotzdem verfügten die Stadt und in ihr die Altgesinnten real über die Macht: Nur gerade acht Landvertreter schafften den Sprung in die Regierung, den 25köpfigen Kleinen Rat. Im weitem war das Bürgermeisteramt mit zwei ausgesprochen harten Anhängern des Ancien Régime besetzt. Entsprechend beherrschte eine restaurative Tendenz das politische Klima.

Während Napoleon Bonaparte von Erfolg zu Erfolg eilte und seine Machtsphäre skrupellos auszubauen verstand, verabschiedete sich die Schweiz gleichsam von der internationalen Politik und verschanzte sich hinter ihrem Bündnis mit Frankreich. Zuweilen schlau und unterwürfig, zuweilen ängstlich reihte sie sich während der Mediation in das napoleonische Staatensystem ein.

Innenpolitisch bedeutete der Untergang der Helvetik weitgehend den Verzicht auf eine nationale Politik. Während die Altgesinnten in den alten Orten ihre Macht auf neuer Grundlage reorganisierten, strukturierten die neuen Kantone ihre Eigenstaatlichkeit. Viele ehemalige Patrioten, darunter auch Peter Ochs, gaben die Hoffnung auf eine nationale Erneuerung auf und stürzten sich in die Alltagsgeschäfte der Lokalpolitik. Dort versuchten sie im Ringen mit der Restauration, die Werte der Revolution zu verteidigen. Allein der altgesinnte Basler Bürgermeister Andreas Merian verstand es bis

zu seinem Tod 1811, mit der Verschleppung von Sachgeschäften, dem Verweigern von Entscheiden und dem Einsetzen von Kommissionen alle Reformen erfolgreich abzublocken.

Wirtschaftlich wurde die Kontinentalsperre Napoleons gegen englische Waren zur Belastung. Immer wieder versuchten Basler Firmen sie zu unterlaufen. Besonders erfolgreich und bei Napoleon besonders verhasst waren die Frères Merian, die Gebrüder Jean-Jacques Merian und Christoph Merian-Hoffmann. Letzterer verdiente in dieser Zeit einen beträchtlichen Teil seines grossen Vermögens, das später sein Sohn, der Basler Wohltäter Christoph Merian-Burckhardt erben und nach seinem Tod der Stadt vermachen sollte.

Mit der entscheidenden Niederlage Napoleons 1813 in Leipzig ging die napoleonische Zeit ihrem Ende entgegen. Im Winter 1813 standen die Alliierten Truppen vor der Stadt. Da eine bewaffnete Neutralität nicht mehr zu realisieren war, kapitulierte Basel und liess die österreichischen, preussischen, bayerischen und russischen Truppen Richtung Frankreich durchmarschieren. Allein am 21. Dezember 1813 passierten 80 000 Soldaten die Stadt. Plünderungen, Sachbeschädigungen und finanzielle Bürden belasteten die Stadt wie bei der französischen Okkupation. Hinzu kam eine Typhusepidemie, die grosse Verluste unter der Stadtbevölkerung (800 Personen) wie unter den Soldaten forderte.

Die Restauration (1815–1830)

Mit der Niederlage von Waterloo (1815) schied Napoleon endgültig aus der europäischen Politik aus. Bis zuletzt hatten französische Militärs in der Festung Hünningen für das napoleonische Régime gekämpft und die Stadt mit Bombardementen in Schrecken versetzt. Nun konnte Basel bei den Alliierten den Abbruch der seit dem 17. Jahrhundert gefürchteten und verhassten Festung durchsetzen. Mit dem Wiener Kongress profitierte Basel – allerdings in bescheidenem Umfang – vom Erbe des Fürstbistums Basel. Der grösste Teil ging als Entschädigung für die verlorene Waadt an Bern, und nur das Birseck wurde Basel zugeschlagen.

Die Zeit nach 1815 brachte eine noch verstärkt restaurative Entwicklung. Trotzdem konnten einige wichtige Reformen verwirklicht werden. Peter Ochs, auch nach der Revolution unentbehrlicher und einflussreicher Amtsträger in Basel, verstand es, Neuerungen durchzusetzen: auf der Landschaft in den Schulen, in der Stadt in der Univer-

sität, aber auch im Bereich der Strafjustiz und im Sozialwesen. Auch bemühte er sich um den Religionsfrieden, indem er sowohl den Einfluss der katholischen Kirche wie der pietistischen Strömungen in der reformierten Kirche zu begrenzen suchte.

Schon 1813, unmittelbar nach dem Einmarsch der Alliierten, war die Mediationsverfassung aufgehoben und eine neue Kantonalverfassung, die 1814 nochmals revidiert wurde, eingeführt worden. Nun stellte die Landschaft nur noch zwei Fünftel des Grossen Rates. Damit war die Gleichstellung von Stadt und Land faktisch zunichte gemacht und der Grundstein für die zwanzig Jahre später erfolgte Kantonstrennung gelegt.

Fortschritt?

Eine der ersten Handlungen der Basler Revolutionäre von 1798 war die Abschaffung der alten Basler Uhr gewesen. Der an sich unerhebliche und längst fällige Entscheid hatte symbolischen Charakter: Er bedeutete einen Abschied vom 'Ungleichzeitigen', einen willentlichen Bruch mit der alten und den Beginn einer neuen Zeit. Doch wie in Frankreich war auch in der Schweiz und in Basel die Revolution vorerst gescheitert. Der Umbau von Staat und Gesellschaft im Sinne der aufklärerischen Ideale war misslungen, und unterlegen waren somit auch die politischen Spätaufklärer wie Peter Ochs. Das Rad wurde zurückgedreht, die Stadt Basel hatte wieder die politische Vormacht über die Landschaft, und die Zünfte feierten ihr Comeback. Selbst Hungersnöte wie jene von 1817 konnten wie im 17. Jahrhundert nicht verhindert werden.

Und doch liessen sich trotz aller Kontinuitäten die Zustände des Ancien Régime nicht mehr vollumfänglich wiederherstellen. Der Prozess der wirtschaftlichen und sozialen Differenzierung und Modernisierung war nicht aufzuhalten, und die industrielle und technische Entwicklung machte grosse Fortschritte. Die Reformen im Bildungswesen, neue Schulgesetze (1817, 1820, 1826) und der Aufschwung der Universität (nach der Berufung mehrerer deutscher Professoren) schufen ein neues intellektuelles Klima in der Stadt, das auch Diskussionen über wirtschaftliche und politische Fragen erlaubte und nicht zuletzt die Voraussetzung war für eine Verstärkung des durch die Basler Revolution und die Helvetik geschaffenen Selbstbewusstseins der Bewohner der Basler Landschaft.

